



# CBL-Infoblatt

## der Sozialen Liste Bochum

Schaden in zweistelliger Millionenhöhe droht:

## Cross-Border-Geschäft wird zum Fiasko

**Das Cross-Border-Leasing-Geschäft droht für die Stadt Bochum zu einem noch größeren Desaster zu werden, als bisher angenommen. Die Soziale Liste widerspricht damit Medienberichten, wonach es für die Stadt möglich sein soll, dass CBL-Geschäft ohne finanziellen Schaden zu beenden. Das Gegenteil ist der Fall.**

In der Haushaltsdebatte am 26.02.2009 hatte Günter Gleising, Sprecher der Gruppe Soziale Liste im Rat, darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Bochum, „jetzt in den Fängen der US-Konzerne befindet, die sich jetzt retten und aus den Geschäften noch Nutzen ziehen wollen, auf Kosten der Stadt natürlich“.

Die Soziale Liste hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Stadt Bochum nicht nur Opfer der Finanzkrise, sondern durch das Cross-Border-Leasing-Geschäft auch Täter ist. Gleising forderte in der Ratssitzung: „Die Bochumer Öffentlichkeit wartet auf eine Entschuldigung und das öffentliche Eingeständnis, dass das CBL-Geschäft falsch war und nie hätte abgeschlossen werden dürfen!“

Die Hoffnung, ohne Verlust aus der Transaktion herauszukommen ist völlig unrealistisch und durch die Darstellungen und Informationen der Kämmerei im Rat und im Haupt- und Finanzausschuss nicht gerechtfertigt. Nach den jüngsten Ereignissen um den

US-amerikanischen Versichererer AIG, dessen Aktien derzeit nur noch etwas über 40 Cent wert sind, droht sogar ein Verlust in einer Größenordnung, die an einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag herankommen könnte.

Einer der Hauptpunkte der Kritik an dem „Geschäft“, die Geheimhaltung der Verträge, sowie aller damit zusammenhängenden Transaktionen, Zahlungen, Finanzströme, Namen der beteiligten Banken, Geldinstitute und Versicherungen, erweist sich heute als verheerend. Mit Hinweis auf die Geheimhaltungspflicht, die die Stadt Bochum mit ihren Vertragspartnern vereinbart hat, wird den Ratsmitgliedern nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht genommen, gegenüber der Bochumer Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen und die Vorgänge offen, politisch, wirtschaftlich und ethisch zu bewerten. „Die mangelnde Transparenz entwickelt sich immer mehr zu einem Demokratiedefizit in der Stadt“.

**Fortsetzung auf Seite 2**

Fortsetzung von Seite 1:

## Cross-Border-Geschäft wird zum Fiasko

Die Soziale Liste fordert von der Stadt Bochum die sofortige Erarbeitung eines eigenen Ausstiegsszenarios als Alternative zur Annahme des Wachovia-Diktates, wie es beschlossen worden ist.

**Die Soziale Liste im Rat bewertet die derzeitige Situation wie folgt:**

1. Es gibt kein Angebot, über den Ausstieg aus der US-Lease-Transaktion vom 19.3.2003 „zu verhandeln“. Es gibt das Angebot, das der Investor gegen Zahlung eines hohen zweistelligen Millionenbetrages aus der Transaktion ausscheidet. Bei der Stadt Bochum verbleibt das volle Risiko der Rückführung der Verträge, Depots, Zahlungsverprechen, etc.
2. Die Stadt Bochum hat mit einem 90 Mio. Kredit US-Wertpapiere gekauft und als Sicherheit für die US-Lease-Transaktion hinterlegt. Was nach den neuerlichen Turbulenzen um AIG noch genau in den Depots, auf den Konten und bei den Tochterfirmen an Kapital vorhanden ist, ist offen.
3. Die Stadt Bochum hat das Gesetz des Handelns nicht mehr in der Hand, sondern ist Getriebene, die nur noch auf (negative) Entwicklungen reagiert. Zu keinem Zeitpunkt hat die Stadt Bochum einen eigenen Ausstiegsplan erarbeitet und ihren Vertragspartnern vorgelegt.
4. Die Stadt ist nicht nur Opfer der Wirtschaftskrise, sondern durch die „US-Lease-Transaktion“ auch Täter und mitverantwortlich für die Krise.

5. Zu klären bleibt auch die Frage, um was es sich bei dieser „US-Lease-Transaktion“ handelt. Um ein Leasing-Geschäft oder, wie es Wissenschaftler formulieren, um die Schaffung eines „strukturierten Finanzproduktes“, wodurch, durch Scheingeschäfte, neue Wertpapiere kreiert wurden.

Nach bekannten Informationen ist der Vertragspartner der Stadt Bochum bei der „US-Lease-Transaktion“ die „Wachovia Corporation“, North Carolina (USA). Das Vertragswerk (rund 20 Einzelverträge) soll 1.700 Seiten und ein Finanzvolumen von 500 Mio. Euro umfassen. Diese 500 Mio. wurden nicht tatsächlich gezahlt sondern nur juristisch übertragen, aber hoch versichert. Die Stadt Bochum ist mit einem relativ geringen Anteil am steuerlichen Vorteil des Investors beteiligt worden. Gerichtsstand soll New York sein. Neben bekannten Landesbanken und der US-amerikanischen AIG sollen auch Briefkastenfirmen auf den Cayman Inseln beteiligt sein.

**Die Soziale Liste fordert die Übernahme der politischen Verantwortung durch die Stadtspitze und die SPD-Grüne-Koalition. Die Bochumer Öffentlichkeit wartet auf eine Entschuldigung und das öffentliche Eingeständnis, dass das CBL-Geschäft falsch war und nie hätte abgeschlossen werden dürfen.**

Anfrage der Sozialen Liste zur Ratssitzung am 26.02.2009

## Swaps-Zinsgeschäfte der Stadt Bochum

In der Presse wurde vor wenigen Tagen unter dem Titel „Riskante Wetten“ berichtet, dass sich 160 von 396 Kommunen aus Nordrhein-Westfalen mit Wetten auf die Entwicklung von Zinsen „kostengünstig Fremdkapital“ beschaffen.

Dieses wird allgemein als „Swap“ bezeichnet. Ein Teil der Kommunen soll damit einen Gewinn erzielt haben, ein anderer Teil soll Verluste, zum Teil auch erhebliche Verluste, erlitten haben.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um einen Sachstandsbericht und um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Beteiligen sich die Stadt Bochum oder ihre Töchter an diesen sog. Swaps?
2. Wenn ja, welchen Umfang haben diese Swaps? Mit

welchen Kreditinstituten werden sie abgewickelt? Welche Unternehmen fungieren als Vermittler und Berater?

3. Wie funktionieren die Swap-Geschäfte?
4. Wenn ja, welche Laufzeiten haben diese Swaps und wie ist die bisherige Entwicklung?
5. Wie beurteilt die Verwaltung die Swaps-Zinsgeschäfte insgesamt und in Bezug auf die Stadt Bochum im besonderen?

Mieterverein:

## Cross-Border- Risiken endlich umfassend erklären

Der Bochumer Mieterverein, im Jahr 2003 einer der Initiatoren des erfolgreichen Bürgerbegehrens gegen den Cross-Border-Deal, appelliert an die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung, endlich alle Risiken nachvollziehbar zu erläutern.

„Wir haben im Jahr 2003 viele Bürgerinnen und Bürger gegen das Cross-Border-Geschäft mobilisieren können und sind der Meinung, dass die Menschen in unserer Stadt einen Anspruch auf schonungslose Aufklärung über die verbleibenden Risiken haben“, betont Geschäftsführer Michael Wenzel.

Immerhin habe die Ratsmehrheit seinerzeit einen Bürgerentscheid gezielt unterlaufen und trage daher eine besondere Verantwortung.

Wenzel weiter: „Ich appelliere insbesondere an unsere Oberbürgermeisterin, die ich persönlich sehr schätze, der Fiktion nicht-öffentlicher Sitzungen endlich ein Ende zu bereiten und auch den Bürgerinnen und Bürgern einfach zu erläutern, was noch auf uns zukommen kann!“

*Quelle: Presseerklärung des Mietervereins Bochum vom 06.03.2009*

6,5 Milliarden Gewinn bei Deutscher Bank:

## Dividendenflut trotz Krise

Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise streichen Aktionäre in den kommenden Wochen und Monaten üppige Dividenden ein.

Die 30 größten börsennotierten Konzerne im Aktienindex DAX schütten insgesamt 23,5 Milliarden Euro aus, wie Berechnungen des Handelsblatts in Zusammenarbeit mit der Commerzbank ergaben. Gemessen am stark gefallenem Börsenwert der Top-Konzerne von insgesamt nur noch 500 Milliarden Euro, ist das so viel wie noch nie.

Gewinner sind u. a. die Aktionäre der Energieriesen RWE (+ 42%) und Eon (+ 9,5%), die hohe Aktienausschüttungen erhalten.

Der Gewinn von Audi ist 2008 auf das Rekordergebnis von 2,2 Mrd. angestiegen, ein Plus von 30%.

Und die krisengeschüttelten Banken? Die Deutsche Bank machte 2008 einen Rekordgewinn von 6,5 Mrd. Euro. Ihr Chef Josef Ackermann zählt mit 14 Mio. Euro zu den Spitzenverdienern in Deutschland.

**Besuchen Sie uns mal:  
[www.soziale-liste-bochum.de](http://www.soziale-liste-bochum.de)**

### SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein.

Konsequent und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

#### Spendenkonto:

**GLS Gemeinschaftsbank e.G.,  
BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 891 69 00**

### Ich möchte...

- Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
- Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste.
- Mitglied werden.

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_

**Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an unten stehende Adresse schicken.**

#### Impressum:

Christoph Nitsch (V.i.S.d.P.), Soziale Liste Bochum, Willy-Brandt-Platz 1-3, 44777 Bochum.

**E-Mail:** [SOZIALELISTEimRat@bochum.de](mailto:SOZIALELISTEimRat@bochum.de) oder [info@soziale-liste-bochum.de](mailto:info@soziale-liste-bochum.de)

**Internet:** <http://www.soziale-liste-bochum.de>

**Telefon:** 0234 - 910 10 47, **Fax:** 0234 - 910 10 48

Dies ist leider keine Satire

# Die Argumente von Dr. Ottilie Scholz, Dr. Manfred Busch, u.a. für CBL im Jahr 2003

Auszüge aus dem Argumentationspapier der Städte Bochum, Wesel, Gelsenkirchen und Recklinghausen:  
**US-Cross-Border Lease: Dichtung und Wahrheit**

Kritiker der US Cross-Border Lease-Transaktionen haben in den letzten Wochen und Monaten eine Vielzahl unzutreffender Behauptungen aufgestellt, zu denen wir wie folgt Stellung nehmen:

**1. „Die Kommunen geben wichtige Anlagen der Daseinsvorsorge aus der Hand.“**

Das zivilrechtliche Eigentum und die operative Verfügungsgewalt bleiben bei der deutschen Kommune! ...

**2. „Im Rahmen eines US-Lease des Abwasserentsorgungssystems ist die Kommune verpflichtet, an veralteten Technologien und überholten zentralen Strukturen festzuhalten.“**

Diese Behauptung ist falsch. Auch nach Abschluss eines US-Lease kann eine Kommune z. B. Kanäle nur für Regenwasser oder Regenwasserversickerungsanlagen bauen und betreiben. Die operative Gestaltungsfreiheit bleibt gewährleistet: ...

Der Austausch z. B. von Kanälen ist vertragsunschädlich. Auch die Stilllegung von Anlagen(teilen) ist zulässig, solange die Inbetriebnahme zum Zeitpunkt der Vertragsbeendigung grundsätzlich möglich bleibt. Insoweit ist auch die mengenmäßige Auslastung der Kläranlage ohne Belang.

**3. „US-Lease-Geschäfte beinhalten unzumutbar große Risiken.“**

In Deutschland wurden über 150 kommunale US-Lease-Transaktionen abgeschlossen. In allen Fällen ist die deutsche Seite mit Verwaltung, Fachleuten, Räten und den begleitenden Behörden nach Prüfung des Vertragswerks zu der Schlußfolgerung gekommen, dass die Risiken für die deutsche Seite beherrschbar waren. Die seit 10 Jahren störungsfrei laufenden Verträge sprechen für eine seriöse, den Interessen aller Seiten dienende, ausgewogene Gestaltung.

Regelmäßig werden die mit dem Abschluß einer US-Lease-Transaktion verbundenen Risiken in einer Transaktionsbeschreibung („Machbarkeitsstudie“) detailliert dargestellt, welche von den deutschen und amerikanischen Anwälten der deutschen Vertragspartei verantwortet und dem zuständigen Gremium (= Stadtrat) vor Abschluß der Transaktion zur Billigung vorgelegt

wird. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß zahlreiche Maßnahmen vertraglicher Art getroffen werden, um derartige Risiken in unserem Sinne auszuschließen oder zu minimieren.

**4. „US-Steuerrechtsänderungen können zu Schadenersatzforderungen führen, die den ursprünglichen Barwertvorteil bei weitem übersteigen.“**

Das aus einer Änderung des US-amerikanischen Steuerrechts resultierende Risiko trägt generell der US-Investor. ...

...

**6. „Das Konkursrisiko bezüglich der Banken, welche für die Städte die Zahlungen während der Laufzeit der Transaktion übernehmen, ist sehr hoch“.**

Bei den zahlreichen bisher in Deutschland abgeschlossenen Transaktionen wurden regelmäßig z.B. die vom Bund garantierte Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Landesbank Baden- Württemberg, die Bayerische Landesbank, die West LB etc. einbezogen. Würden sich die wirtschaftliche Situation dieser Banken – gegen alle Erwartungen – dramatisch verschlechtern, so könnten und müssten sie durch die jeweilige Stadt gegen bonitätsstärkere Banken jederzeit ausgetauscht werden. Entsprechende Überwachungssysteme sind in allen entsprechenden Transaktionen von den Kommunen im Rahmen eines professionellen Risikomanagementsystems installiert worden (sog. „Pflichtenheft-Management“).

Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, die Zahlungsverpflichtungen der Banken und Finanzinstitutionen – wo notwendig – zusätzlich absichern zu lassen (etwa durch Staatswertpapiere).

Die Behauptungen von Herrn Prof. Heidorn in der Sendung „Monitor“ bezüglich des Konkursrisikos zeugen davon, dass er die oben erwähnten vertraglichen Gestaltungen nicht kennt.

**Fortsetzung auf Seite 5**

Fortsetzung von Seite 3:

## Die Argumente ...

7. **„Die deutsche Kommune hat das gesamte Vertragsdurchführungsrisiko, hat eigentlich allen Schlamassel am Halse, während der amerikanische Investor gar kein Risiko trägt“.**

Diese Behauptung von Herr Dr. Schacht in der Sendung „Monitor“ ist nachweislich falsch und kann nur mit mangelnder Kenntnis der Rechtslage und der konkreten Verträge begründet werden. ...

8. **„US-Lease-Verträge sind von der amerikanischen Steuerbehörde für nicht zulässig erklärt worden.“**

Wäre diese Behauptung richtig, gäbe es kein Interesse von US-Investoren am Abschluss solcher Verträge. ...

9. **„Bei US-Lease-Verträgen handelt es sich um Scheingeschäfte“**

Der US-Investor darf nach Abschluß einer US-Lease-Transaktion in Übereinstimmung mit der IRS bestimmte Steuervorteile geltend machen. Diese Steuervorteile beruhen auf den abgeschlossenen Verträgen und den hierdurch begründeten realen Rechten und Pflichten (z.B. Zahlungspflichten) für alle Parteien. Deswegen ist die Behauptung, es gebe keinen echten Geschehensablauf und das Geschäft beruhe lediglich auf einer Fiktion, falsch. ...

10. **„US-Lease-Geschäfte stellen einen globalen Steuerbetrug dar.“**

... Der Bundesfinanzhof hat in seinem Urteil v. 31.5.1999 festgestellt: „... ein Gestaltungsmissbrauch kommt von vornherein nicht in Betracht, wenn ... lediglich von dem im Steuerrecht selbst eingeräumten Gestaltungsspielraum Gebrauch gemacht wird“!

11. **„Um die Geschäfte wird eine unakzeptable Geheimniskrämerie betrieben.“**

Die grundsätzliche Entscheidungsfindung erfolgt auf der Grundlage einer ausführlichen Transaktionsbeschreibung, die allen Ratsmitgliedern zugeht und alle wesentlichen Vertragsinhalte und insbesondere die Risiken detailliert beschreibt. ...

12. **„Unüberschaubare Risiken ergeben sich allein schon aus der Komplexität der Verträge, der Vielzahl der Beteiligten und dem Gerichtsstand New York.“**

Diese Aussage verkennt die Realität kommunalen

Handels, die regelmäßig durch komplexe Strukturen, eine Vielzahl von Akteuren und komplizierten rechtlichen Rahmenbedingungen geprägt ist, sei es z. B. der Neubau einer Großkläranlage oder die Steuerung eines zentralen Stadtentwicklungsprojekts.

Das Vertragswerk insgesamt kann über 1.000 Seiten umfassen. Einen wesentlichen Teil hiervon machen jedoch Verträge zwischen Dritten sowie die technischen Beschreibungen aus. Der aus kommunaler Sicht entscheidende Rahmenvertrag umfasst (ohne Begriffsdefinitionen) rd. 130 Seiten und ist damit als durchaus übersichtlich zu bezeichnen.

Die US-Lease-Projekte laufen seit rd. 10 Jahren ohne die geringsten Beeinträchtigungen oder gar ernsthafte Störungen. Es gibt überhaupt keine Gründe dafür anzunehmen, die Kommunen wären „leichtsinnig“, „überfordert“ und nicht Herr des Geschehens.

Die Behauptung, allein der Gerichtsstand in USA stelle bereits ein eigenständiges Risiko dar, wirkt im Zeitalter der Globalisierung und der Internationalisierung einfach nur noch naiv. ...

Quelle: <http://www.cross-border-wuppertal.de/argumentation.htm>

Verträge, Vorlagen, Informationen, Sitzungen, alles was CBL betrifft ist meist „nicht öffentlich“, Sitzungen finden hinter verschlossenen Türen statt

**CBL-Erinnerungen oder von der „Nacht der tausend Unterschriften“ zur:**

## **„Rattenkönigin“**

**Wir, Petra, Hubert und ich, alle drei damals Mitglied im Bochumer Friedensplenum, kamen an jenem kalten Abend des 14.02.2003 sozusagen als „Aushilfe“, um mit den Bochumer AktivistInnen von attac, Unterschriften gegen die Verleasung des städtischen Kanalnetzes zu sammeln.**

*Ich war zu diesem Zeitpunkt nicht mal ein halbes Jahr politisch tätig, ich wusste nicht mal genau was attac eigentlich so richtig machte, noch war ich in der Lage konkret ein Cross-Border-Leasing-Geschäft zu erklären, oder hatte etwa bislang die Holzhütte mit betreut, in der schon tausende Unterschriften gesammelt worden waren, aber dies alles tat meiner guten Laune keinen Abbruch.*

*Die „Nacht der tausend Unterschriften“ sollte es werden und so zogen wir etwa zu zehnt in die Bochumer Innenstadtkeißen, um unsere Bögen für das Bürgerbegehren gegen das CBL-Geschäft zu füllen. Wir trugen weiße Maler- und Lackierer-Einmalanzüge, um im samstäglichem Partygewese auch mächtig aufzufallen. Das gelang prächtig, junge Leute riefen etwa, als sie uns in den weißen Anzügen und mit Rucksäcken sahen: „Hey, da kommen die Ghostbusters!“ Im Ganzen war es ein schöner Einsatz, auch wenn es nicht ganz 1.000 Unterschriften wurden.*

*Dies war der Anfang meiner Zusammenarbeit und späteren Mitgliedschaft bei attac. Es sollten noch viele schöne und kreative Protest- und Polit-Aktionen folgen. Das Bürgerbegehren entwickelte sich zu einem vollen Erfolg, es gelang über 15.000 Unterschriften zu sammeln, so dass der Rat der Stadt für den 09.03.2003 eine abendliche Sondersitzung ansetzen musste.*

*Der Rest ist bekannt: Das Bürgerbegehren wurde für zulässig erklärt, der Bürgerentscheid (rechtswidrig) verweigert und Kämmerin Scholz flog in die USA, um die dubiosen Verträge zu unterzeichnen. Wenn ich mich an diese pseudodemokratische Sitzung mit all dem Gerede vom „Respekt vorm Bürgerwillen“ und eine Abstimmung, die das genaue Gegenteil ausdrückte, erinnere, fällt mir besonders die Unverfrorenheit von SPD-Fraktionschef Fleskes wieder ein, der höhnte, „es habe bereits einen Bürgerentscheid gegeben, und das seien die letzten Kommunalwahlen gewesen!“*

*Entsprechend kämpferisch war dann die Stimmung der politisch engagierten ZuhörerInnen, die nach der Sitzung ins „Cafe Madrid“ zogen, um zu beratschlagen, was nun zu tun sei.*

*Immer wieder wurde in den erregten Debatten in großer Runde der Ruf nach einer neuen, politischen Kraft laut, die links von den Etablierten eine bürgernabe, wirklich demokratische Politik umsetzen sollte. Eine Idee war geboren, und einige der Anwesenden gehörten wenig später zu den MitgründerInnen der Sozialen Liste Bochum.*

*Attac und der Mieterverein ließen die damalige Schlappe nicht auf sich beruhen, es wurde gegen die Nichtdurchführung des Bürgerentscheids geklagt (leider erfolglos) und wir sorgten schon wenige Monate später mit einer weiteren kreativen Protestaktion in den Bochumer Medien für Furore.*

*Am 27.11.2003, dem Jahrestag des ursprünglichen Beschlusses für das CBL-Geschäft, marschierten wir, Aktive von attac und attac campus (der inzwischen gegründeten Uni-Gruppe) in wilden Kostü-*

*men und mit selbst gebastelten Rattennasen vom Hauptbahnhof zum Rathaus, wo wieder einmal der Rat tagte.*

*Auf unseren schmerzenden Schultern trugen wir jene selbst gebaute Sänfte, die uns auch schon auf den Demos gegen Studiengebühren und unseren besonderen „Freund“ Wolfgang Clement gute Dienste geleistet hatte.*

*Obenauf thronte unsere „süße Last“, ihre Majestät, die Rattenkönigin Ricarda und führte ihren Chor an, so dass wir gemeinsam dem Rat und der Bochumer Bevölkerung in ätzenden Versen unseren Ärger kund taten.*

*Die Ratsmitglieder ließen sich an diesem Abend natürlich nicht blicken, doch die Aufzeichnungen, die das Bürgerradio URBO gemacht hatte, bildeten die Grundlage für eine sehr gute Lokalradiosendung.*

*Nun hat das CBL-Geschäft die Stadt Bochum wieder eingeholt, weil ein schlecht beratener Rat damals schlecht entschied, ist nun guter Rat wirklich TEUER!*

*Es ist an der Zeit, mal wieder kritisch-kreativ Stellung zu beziehen!*  
Christoph Nitsch

### **Spekulation im Auftrag der Landesregierungen?**

## **Briefkastenfirmen der Landesbanken auf Jersey**

**Ein Reporterteam des Fernsehmagazins Monitor flog auf die Insel Jersey, die als ein wichtigster Fluchtpunkt für internationales Kapital gilt.**

Ein Tummelplatz für Hedgefonds und Spekulanten. Und mittendrin: Fast alle großen deutschen Banken, die unter dem 500 Mrd.-Euro-Schutzschirm der Bundesregierung stehen. So fand Monitor auf Jersey Briefkastenfirmen der Westdeutschen Landesbank, der HSH Nordbank und der Bayerischen Landesbank, die alle zum großen Teile den verschiedenen Bundesländern

**Fortsetzung auf Seite 7**

Fortsetzung von Seite 6:

## Spekulation im Auftrag der Landesregierungen?

gehören. Die Deutsche Bank begrüßt schon auf dem Flughafen ihre Kunden mit einem überdimensionalen Werbeschild. Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Rudolf Hickel, spricht in diesem Zusammenhang von einem Riesenskandal, wenn Landesbanken, als öffentliche Banken, Steueroasen genutzt haben, um Steuerhinterziehung zu organisieren, um dubiose Geschäfte, toxische Produkte über die Steueroasen zu lenken.

*Quelle: Monitor „Steueroasen: Die dubiosen Geschäfte deutscher Banken“, 12.03.2009*

## Die Finanz- und Wirtschaftskrise bedroht unsere Stadt!

**Die schlimmsten Gesetze der Deregulierung der Finanzmärkte aus den Jahren 2001 bis 2005, die von SPD, Grünen und CDU beschlossen wurden, werden nicht beseitigt.**

Stattdessen werden den Banken, die in hohem Maße die Krise mitverschuldet haben, Milliarden über Milliarden in den geöffneten Rachen geworfen, Steuergelder versteht sich, die auf Kredit auch bei eben jenen Banken aufgenommen wurden und diese so refinanziert werden. Was wurde in dieser Zeit nicht alles dereguliert:

- Unternehmensverkäufe wurden steuerfrei undheizten das Fusions- und Kauffieber an.
- Vom Bundesfinanzministerium wurden die Städte und Gemeinden aufgerufen an der „Globalisierung“ teilzunehmen und mit neuartigen Laesing-Geschäften die Kassen zu sanieren.
- Die private Risterrente wurde eingeführt und entzieht seither der gesetzlichen Rentenversicherung gewaltige Geldmengen. Ein Riesengeschäft für die Banken.
- 2004 ließ Kanzler Schröder und die große Mehrheit im Bundestag die Hedge-Fonds und Derivate zu. Höchste Renditeziele wurden zum einzigen Maßstab in der Wirtschaft.
- 2005 wurden schließlich die Förderung des Kreditverkaufs festgeschrieben und die Unternehmen erneut steuerlich begünstigt.

## Chronik der Ereignisse

- 21.11.2002:** Mit den Stimmen von SPD, CDU, Grünen stimmt der Rat der Stadt Bochum dem Leasing-Geschäft zu. Die Einnahmen aus dem Deal sollen 20 Mio. Euro betragen.
- 20.12.2002:** Mitglieder von Attac Bochum reichen ein Bürgerbegehren gegen das CBL-Geschäft ein.  
Es entwickelt sich eine breite Bewegung zur Unterstützung des Begehrens.
- 21.02.2002:** 15.180 Unterschriften werden im Rathaus abgegeben.
- 09.03.2003:** In einer Sondersitzung des Rates muss dieser den Erfolg des Bürgerbegehrens (13.271 gültige Stimmen) bestätigen. Nach langen und harten Auseinandersetzungen stimmt eine Mehrheit des Rates dafür, dem Bürgerbegehren nicht zu folgen. In der Sitzung begründen, Rainer Bach, Jürgen Bargmann und Daniel Zoels das Begehren und die Einwendungen der Bürger. Zu den Gegnern des CBL-Geschäftes gehört auch Bürgermeisterin Gaby Riedl (Grüne).
- 13.03.2003:** Die CBL-Verträge „First Fidelity International/Stadt Bochum“ werden in New York von Kämmerin Dr. Ottilie Scholz unterschrieben.
- 24.03.2003:** Oberbürgermeister Stüber lehnt die Durchführung eines Bürgerentscheids ab, da die Verträge bereits unterzeichnet sind.
- 16.05.2003:** Die Initiatoren des Bürgerbegehrens reichen Klage beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen ein.
- Juni 2004:** Der US-Kongress beschließt mit 251 zu 178 Stimmen ein Steuer-Änderungsgesetz. CBL-Geschäfte sind danach kaum noch möglich.  
Der Umgang mit Altverträgen ist offen.

## Chronik der Ereignisse

- 22.06.2004:** Der Landesrechnungshof NRW warnt die Gemeinden vor CBL-Geschäften.
- 10.11.2006:** Urteil des VG Gelsenkirchen, das die Wirksamkeit des Vertrages bestätigt.
- 19.09.2008:** Presseberichte über Schwierigkeiten bei den CBL-Geschäften. Stadt Bochum bestätigt, dass in Folge der Finanzkrise, Nachbesserungen im Rahmen der CBL-Verträge notwendig sind.
- 18.12.2008:** Die Stadt Bochum beschließt den Kauf von US-Staatsanleihen zur fristgerechten Gestellung von Ersatzsicherheiten zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten der US-Lease-Transaktion vom 13.03.2003
- 27.02.2009:** In einer Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses wird beschlossen, ein (sehr vage gehaltenes) Angebot des Investors aus dem CBL-Geschäft auszusteigen, anzunehmen und zwar gegen Zahlung eines zweistellig hohen Millionenbetrages.
- 03.03.2009:** „Bis zu 380 Millionen Euro könnte die Stadt Bochum nach Informationen von 98.5 Radio Bochum, das Geschäft mit ihrem Kanalnetz kosten“, meldet der Lokalsender Radio Bochum 98.5.

### Diskussion vor Ort: Infostand der Sozialen Liste.



### Die Kriminalgeschichte des Cross-Border-Deals muss neu geschrieben werden

## Verträge einseitig kündigen!

**Auf einem Workshop des Bochumer Sozialforums erläuterte Dr. Werner Rügemer die Deals mit Cross-Border-Leasing (CBL) aus einer neuen Sichtweise.**

Während bisher offiziell erzählt wurde, dass die amerikanischen Investoren mit einem Steuertrick Geld abzweigen und davon einen gewissen Anteil – z. B. 20 Millionen Euro an die Stadt Bochum – abführen, ist das eigentliche Geschäft in diesem Bereich ganz anders angelegt. Der Verkaufswert der Objekte wird als Finanzmasse auf dem Kapitalmarkt für Geldgeschäfte zur Verfügung gestellt. Die Stadt erhält quasi eine Versicherungsprämie dafür, dass sie für diese Geldgeschäfte z. B. ihre Kanalisation als Sicherheit zur Verfügung stellt. Neudeutsch ist CBL also nichts anderes als ein „strukturiertes Finanzprodukt“. Durch Scheingeschäfte werden hierbei Wertpapiere kreiert, die als eine der Hauptursachen des aktuellen Finanzcrashes angesehen werden. Diese angeblichen Wertpapiere werden in dem Moment wertlos, in dem eine der vielen beteiligten Banken oder Versicherungen in Schwierigkeiten gerät. Da dieser Hintergrund der CBL-Deals verheimlicht wurde und die Ratsmitglieder und die Öffentlichkeit getäuscht wurden, **seien diese Verträge, so Rügemer, sittenwidrig und müssten einseitig von den Kommunen gekündigt werden.** Kein Cent solle für die Auflösung dieser Verträge gezahlt werden. Dass es zu diesem Schritt aber nicht komme, läge daran, dass genau die Berater, die damals die Kommunen getäuscht hätten, nun in der Krisensituation erneut Berater seien, weil sie die einzigen sind, die diese Verträge überhaupt verstehen. Sie haben natürlich kein Interesse daran, dass die Hintergründe des CBL transparent werden. Sie verdienen daran, wenn sie möglichst lange noch als Berater gebraucht werden.

Quelle: [www.bo-alternativ.de](http://www.bo-alternativ.de), 28.02.09

**Kommunalwahl 2009:**  
**SOZIAL wählen** ☒  
 Soziale Liste Bochum